

Neue Zürcher Zeitung

«Migrantenkinder in Käfigen»

In den USA werden Grenzübertritte ohne Papiere nun aus Prinzip strafrechtlich geahndet

PETER WINKLER, WASHINGTON

Trotz einer verschärften Politik zur Abwehr von papierlosen Immigranten haben die amerikanischen Grenzschutzbehörden im Mai an der Grenze zu Mexiko zum dritten Mal in Folge rund 50 000 Migranten pro Monat aufgegriffen oder zurückgewiesen. Damit stieg die Zahl, die als Gradmesser für die illegale Zuwanderung gilt, hartnäckig auf eine Höhe, die man nach dem Amtsantritt Präsident Donald Trumps und seinem erklärten Kampf gegen die illegale Immigration nicht mehr für möglich gehalten hätte. Sie war nun dreimal höher als noch vor einem Jahr.

Nulltoleranzpolitik

Das Reizthema Immigration und Papierlose hat darum wieder neue Dringlichkeit erhalten. Allerdings nutzten sowohl Befürworter als auch Gegner einer restriktiveren Migrationspolitik die Zahlen für ihre eigenen Zwecke. Die einen fühlen sich bestätigt, dass die bisherigen Massnahmen immer noch nicht griffig genug sind, und rufen nach der Mauer. Die anderen sehen sich in ihrer Überzeugung bestärkt, eine höhere Eintrittsschwelle habe prinzipiell wenig Wirkung - ausser den Grenzübertritt gefährlicher oder schwieriger und damit teurer zu machen.

Vielleicht auch im Hinblick auf diese Zahlen, die Präsident Donald Trump bekanntermassen zu Wutausbrüchen führen, beschlossen das Ministerium für Inlandsicherheit und das Justizministerium im Mai, künftig alle Grenzübertritte ohne Einreisebewilligung strafrechtlich zu ahnden, falls die Migranten nicht sofort freiwillig umkehren. Dies hatte zur Folge, dass immer mehr von ihnen in Haft genommen wurden. Unterdessen sind die Kapazitäten des Grenzschutzes ausgeschöpft, und es herrscht Platzmangel in den Haftanstalten. Wie die Behörde gegenüber der Agentur Reuters am Donnerstag bestätigte, werden Personen, die auf ihre Anhörung vor dem Einwanderungsrichter warten, nun erstmals im grösseren Stil in Bundesgefängnissen untergebracht. Zu ihnen gehören auch Asylsuchende.

Noch mehr zu reden gab aber der Umstand, dass Minderjährige, die mit diesen Migranten an der Grenze ankamen, nun routinemässig von ihnen getrennt und in separaten Auffangzentren untergebracht werden. Innert zwei Wochen, bis Ende Mai, hatte diese Massnahme zur Separierung von 658 Kindern geführt. Der demokratische Senator Jeff Merkley aus Oregon heizte nach einem Besuch in der Grenzregion in Texas die Empörung über diese Massnahme in einem Teil der Medien mit der Bemerkung an, die Migrantenkinder würden «in Käfigen gehalten». Wirklich erhärten liess sich die These nicht, wie die Faktenprüfer der «Washington Post» feststellten. Das Einzige, was Merkleys Bemerkung in gewisser Weise rechtfertigte, war die Tatsache, dass grosse Hallen in den provisorischen Auffangzentren mit Maschendraht unterteilt werden, um die Kinder nach Altersgruppen getrennt unterzubringen.



Illegal nach Amerika Eingewanderte werden von Grenzbehörden am Rio Grande gestellt.

LOREN ELLIOT / REUTERS

Kritik von der Uno

Justizminister Jeff Sessions unterstrich, dass Kinder in amerikanischen Gefängnissen von Gesetzes wegen und zu ihrem eigenen Schutz nicht mit kriminellen Erwachsenen zusammen festgehalten werden könnten. Und weil papierlose Immigranten nun als Kriminelle behandelt werden, müssen die Kinder von ihnen getrennt werden.

Sie werden in der Regel für maximal 72 Stunden in provisorischen Auffangzentren betreut, bis sie vom Gesundheitsministerium in kindergerechten Institutionen oder bei Gastfamilien untergebracht werden. Die Behörden betonen, dass es dabei auch darum gehe, den Status der Kinder zu überprüfen, um so Versuche des Menschenschmuggels oder des Identitätsbetrugs zu vereiteln.

Das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte in Genf forderte die USA umgehend auf, die Praxis einzustellen, weil sie die Rechte der Kinder verletze und gegen internationales Recht Verstösse. Dies blieb natürlich folgenlos wenn man von einer geharnischten Reaktion der amerikanischen Uno-Botschafterin Nikki Haley absieht. Weder die Uno noch irgendjemand anderes werde den USA vorschreiben, wie sie ihre Grenze zu schützen hätten, meinte Haley in einer Erklärung und forderte das Hochkommissariat auf, doch zuerst einmal vor der eigenen Türe - konkret bei gewissen Mitgliedern des Uno-Menschenrechtsrats - zu kehren.

Das Thema hat nach einer monatelangen Flaute nun auch den Kongress wieder auf Trab gebracht. Gemässigte Republikaner im Repräsentantenhaus haben sich mit Demokraten verbündet und bereiten eine prozedurale Massnahme vor, die den Speaker Paul Ryan zwingt, über mehrere einander widersprechende und deshalb sehr umstrittene Vorlagen abstimmen zu lassen.

Im Zentrum steht dabei die schwärende Wunde der «Dreamers», der jungen Papierlosen, die als Kinder in die USA gebracht wurden. Die gemässigten Republikaner befürchten, im Herbst in den Wahlen bestraft zu werden, weil den «Dreamers» trotz grossen Sympathien in der Bevölkerung weiter die Ausschaffung droht. Die Konservativen dagegen haben Angst, von der Parteibasis bestraft zu werden, die jede Legalisierung von Papierlosen als Amnestie verdammt.

Ryan konnte die drohende Rebellion am Donnerstag vorerst mit dem Versprechen abwehren, bis am Dienstag eine Kompromissvorlage auszuarbeiten. Die Erfolgchancen dafür sind allerdings ausserordentlich gering, zumal der Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell, bereits signalisierte, dass er in der Vorwahlzeit nicht über das heisse Eisen streiten wolle. Das Weisse Haus drohte vorsorglich mit dem Veto, falls Präsident Donald Trumps Forderungen - Geld für die Mauer, restriktivere Visumsvergabe - unerfüllt bleiben sollten.